Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1987**
15. Wahlperiode 11. 11. 2003

Antrag

der Abgeordneten Claudia Nolte, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Wolfgang Bötsch, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Joachim Hörster, Ruprecht Polenz, Dr. Klaus Rose, Volker Rühe, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Hans-Peter Uhl, Willy Wimmer (Neuss) und der Fraktion der CDU/CSU

Den Weg zur Einheit und Demokratisierung in Moldau unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Republik Moldau wird voraussichtlich ab 2007 eine gemeinsame Außengrenze mit der Europäischen Union haben. Obwohl es seit der Unabhängigkeit der ehemaligen sozialistischen Sowjetrepublik Moldawien beachtenswerte Fortschritte in der Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft gab, bestehen aufgrund vieler Ursachen große wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme.

Deutschland hat das Interesse, dass in Moldau eine tragfähige wirtschaftliche Basis aufgebaut wird und sich der Demokratisierungsprozess nicht verlangsamt, sondern Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefestigt werden. Um die Unterschiede zur EU nicht größer und die illegale Migration nicht weiter anwachsen zu lassen, müssen die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und rechtsstaatlichen Strukturen in der Republik Moldau gestärkt werden.

Wesentlicher Bestimmungsfaktor künftiger Entwicklung in Moldau ist die Wiederherstellung der Einheit mit dem seit 1991 abgespaltenen und international nicht anerkannten Moldauer Landesteil Transnistrien. Den staatenlosen Zustand in Transnistrien zu beenden und Moldau zu stabilisieren, sollte das Ziel deutscher Politik sein.

Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass Deutschland zusammen mit den europäischen und internationalen Partnern sein Engagement für Moldau im Interesse der friedlichen und rechtsstaatlichen Entwicklung des Landes und zur Vermeidung neuer Trennlinien in Europa verstärken muss.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein umfassendes Konzept zur weiteren Festigung der Anbindung Moldaus an Europa zu entwickeln.

Für die inhaltliche Ausgestaltung dieses Konzepts fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

(1) sich für Sicherung und Ausbau der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft, für die Verbesserung der Lage der Frauen und insbeson-

dere der Personen, die in absoluter Armut in der Republik Moldau leben, einzusetzen. Dafür sollten von der EU in Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Europarat klare Kriterien für die weitere Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschen- und Grundrechten sowie Minderheitenschutz vorgegeben werden und bestehende Verpflichtungen auf ihre Einhaltung fortwährend kontrolliert werden;

(2) dabei die geeigneten Instrumente der bi- und multilateralen Entwicklungspolitik sowie der internationalen Gebergemeinschaft stärker zum Einsatz zu bringen. Das Engagement muss aufgrund der wirtschaftlich schlechten und innenpolitisch angespannten Lage langfristig sein und in seiner Intensität über die Vorschläge des Nachbarschaftskonzeptes der EU vom 17. April 2003 hinausgehen. Zudem fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich bei den EU-Partnern für ein stärkeres bilaterales Engagement in Moldau einzusetzen;

(3) sich für ein wirtschaftliches und soziales Aufbauprogramm in einem wiedervereinigten Moldau einzusetzen;

(4) die Regierungen Moldaus und seiner Nachbarstaaten zur konsequenteren Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Geldwäsche, des Drogen- und Menschenhandels – auch im grenzüberschreitenden Verkehr – zu drängen und in diesem Sinne deutsche und europäische Hilfe anzubieten. Dabei ist neben den bereits ausgesprochenen Einreiseverboten auch zu prüfen, inwieweit das Einfrieren von Auslandskonten, die der organisierten Kriminalität nachweislich zuzuordnen sind, eine geeignete Maßnahme darstellt. Ebenso ist zu gegebener Zeit die Unterstützung bei der Ausbildung von Einheiten der Grenzsicherung, des Zolls und der Steuerbehörden Moldaus in Erwägung zu ziehen;

(5) sich gegenüber der Moldauer Regierung dafür einzusetzen, dass sich das Land westlichen Organisationen und Unternehmen weiter öffnet und geeignete Rahmenbedingungen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen setzt sowie die Rechtssicherheit und einsetzbaren Rechtsinstrumente ausländischer Investoren weiter verbessert;

(6) sich auf europäischer Ebene für die auf Dauer angelegte Entsendung eines EU-Beauftragten mit geeigneter Mitarbeiter- und Sachausstattung nach Moldau einzusetzen, der in Zusammenarbeit mit der OSZE-Feldmission Moldau als Moderator der Gespräche zur Wiedervereinigung der Republik Moldau und Transnistriens zur Verfügung steht und für die Werte, Normen und Regeln der Europäischen Union in Moldau aktiv wirbt;

(7) im Rahmen hochrangiger bilateraler Gespräche mit der russischen Regierung die Wiedervereinigung Moldaus regelmäßig auf die Tagesordnung zu setzen und dabei für eine selbstbestimmte Lösung des innerstaatlichen Moldauer Konfliktes einzutreten;

(8) sich beim Treffen des Ministerrats der OSZE im Dezember 2003 in Maastricht dafür einzusetzen, dass Russland seinen gegenüber der OSZE eingegangenen Verpflichtungen zum Abzug seiner Streitkräfte aus Moldau entspricht und Schaden von der Glaubwürdigkeit der OSZE abgewendet wird;

(9) sich gegenüber der Regierung der Ukraine dafür einzusetzen, dass sie in europäischer Verantwortung positiv zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts beiträgt;

(10) sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der politischen Stiftungen in Moldau einzusetzen, um eine intensivere Tätigkeit der Stiftungen zu erreichen;

(11) die Regierung der Republik Moldau zu veranlassen, das bilaterale Luftverkehrsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel einzuhalten, dass der direkte Flugverkehr zwischen den beiden Ländern wieder hergestellt werden kann;

(12) dem Deutschen Bundestag über ihr Konzept, die getroffenen Maßnahmen, Entwicklungen und Erfolge regelmäßig, erstmals im Mai 2004, Bericht zu erstatten.

Berlin, den 11. November 2003

Claudia Nolte
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Wolfgang Bötsch
Anke Eymer (Lübeck)
Erich G. Fritz
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Klaus-Jürgen Hedrich
Joachim Hörster
Ruprecht Polenz
Dr. Klaus Rose
Volker Rühe
Bernd Schmidbauer
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Hans-Peter Uhl
Willy Wimmer (Neuss)
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333